II. JAHRGANG

JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

REDAKTION UND VERLAG:
OSCAR GRÜN

JEWISH PRESS NEWS ASSOCIATION

Erscheint 1—2 mal wöchentlich
Jahresabonnement Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50



ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 10
TEL.: SELNAU 32 51

BUREAU CENTRAL DE LA PRESSE JUIVE

Postcheck-Konto VIII 5166
Telegramm-Adresse: „PRESSCENTRA ZÜRICH"

Abonnements nehmen sämtliche Postanstalten des In- und Auslandes entgegen.

Nummer 69	5. Dezember 1919	י"ג כסלו תר"ף	Preis 30 Cts.

Abdruck nur gegen Quellenangabe - Belegexemplare erbeten

Eine Gelehrtenkonferenz in Angelegenheit der hebräischen Universität.

Die Leitung der zionist. Organisation hat durch ihr Erziehungs-Departement eine Konferenz jüd. Gelehrten einberufen, welche vom 14.—16. Januar in Basel stattfinden wird, um über den Aufbau der hebräischen Universität zu beraten. Diese Gelehrtenversammlung soll auf Grund der Referate, die ihr vorgelegt werden, das Programm der Universität beraten und alle diejenigen Schritte beschliessen, welche notwendig sind, um die Universität in den nächsten Jahren errichten zu können. Zu diesem Zwecke wird die Konferenz in Vollsitzungen und Komiteeberatungen über die folgenden Punkte zu beschliessen haben:

1. Einrichtung des Unterrichtes in den jüd. und den philosophisch-philologischen Fächern.
2. Naturwissenschaftliche und medizinische Fakultät.
3. Juristische und soziologisch-nationalökonomische Fächer.
4. Die organisatiorischen und technischen Fragen, den Lehrkörper, die finanzielle Fundierung und sachliche Vorbereitung der Universität betreffend.

Eine Anzahl hervorragender Gelehrten, unter ihnen der berühmte Physiker Professor *Einstein*, haben bereits ihre Teilnahme an dieser Beratung zugesagt, die für das monumentale Unternehmen einer Universität des jüd. Volkes von entscheidender Bedeutung sein wird.

Welt-Konferenz des Hapoel-Hazair und der Zeire-Zion.

Zufolge des von den Zeire Zion und dem Hapoel-Hazair erlassenen Aufrufes, den wir in No. 66 veröffentlicht haben, wird am 13. Januar in *Basel* eine allweltliche Konferenz dieser beiden Organisationen zusammentreten, die wahrscheinlich zu einer Verschmelzung des Hapoel Hazair und der Zeire Zion führen wird.

Die allweltliche Misrachikonferenz in der Schweiz?

Wie aus einem Aufrufe des polnischen Misrachi hervorgeht, soll die für Ende Dezember einberufene Misrachikonferenz ebenfalls in der Schweiz stattfinden. Ob tatsächlich bereits ein Beschluss vorliegt, diese Konferenz von London, wohin sie einberufen war, nach der Schweiz zu verlegen, ist uns nicht bekannt.

Anschluss der slovakischen Orthodoxie an die Agudah.

Bei der am 2. und 3. Dez. in Bratislawa (Preßburg) unter Vorsitz des Landeskanzlei-Präsidenten, Oberrabiner Koloman *Weber* aus Pistyan, stattgefundenen Konferenz wurde der Anschluss der slovakischen Orthodoxie an die Agudas Jisroel offiziell beschlossen.

Sokolow über die politische Lage.

(Konferenz der franz. Zionisten.)

Die Konferenz der franz. Zionisten tagte am 26., 27., 29. und 30. Nov. in Paris. Die Eröffnung fand in dem bis zum letzten Plätzchen gefüllten Saale in der Rue de Lancry statt. Von den Mitgliedern des Aktionskomitees waren erschienen: Nahum *Sokolow*, *Idelsohn*, *Neiditsch*, Dr. *Motzkin* und Dr. *Reich*. Im Namen der Fédération Sioniste Française (F.S.F.) begrüßte Dr. Simon *Guinsbourg* die Anwesenden, worauf Dr. *Jacobsohn* zum Vorsitzenden gewählt wurde.

Nahum *Sokolow* entwarf sodann folgendes Bild über die gegenwärtige Situation im Zionismus. Die Lage, führte er aus, ist nach wie vor günstig. Sowohl Lord *Curzon* in England, als auch *Pichon* u. *Tardieu* in Frankreich versicherten ihn erst unlängst neuerdings, daß die Balfoursche Deklaration voll u. ganz aufrecht bliebe. Die franz. Regierung stehe dem Zionismus sehr sympathisch gegenüber. Frankreich wird das Mandat über Syrien und England das Mandat über Palästina erlangen. Alle Meinungsverschiedenheiten zwischen diesen Großmächten sind ausgeglichen. Auf der Tagesordnung der Friedenskonferenz stehe jetzt Ungarn, und erst dann werde der Friede mit der Türkei beraten werden, sodaß die Regelung der Palästinafrage erst in ungefähr 4 Monaten zu erwarten ist. Die League of Nations wird sicher in Aktion treten, da dies Frankreich und England wünschen u. den Rahmen für das Mandat über Palästina wird die League of Nations bezw. die Friedenskonferenz schaffen. Die Einzelheiten bereitet schon jetzt das Aktionskomitee vor, im Einvernehmen mit der englischen Regierung. Das Verhältnis zu den Arabern ist ein sehr gutes. Daß sich viele von ihnen noch nicht mit dem Gedanken eines jüd. Palästina befreundet haben, zeugt nicht vom Gegenteil; haben wir doch auch noch viele Juden, die gegen den Zionismus sind. Auch die englischen Beamten in Palästina sind unserer Sache schon viel mehr gewogen. Die Palästinakommission arbeitet rührig und bereitet das Land vor. Man baut Häuser, ein englischer Ingenieur entwirft bereits die Baupläne für die Universität u.s.w. Nicht nur die Gymnasien in Jerusalem und Jaffa, sondern auch das Technikum in Haifa werden unter unserer Verwaltung stehen. Nach Aufhebung der Okkupation wird die Immigration seitens der englischen Regierung nicht mehr eingeschränkt werden, aber wir selbst müssen aus technischen Gründen in der Zulassung der Masseneinwanderung vorsichtig sein. Die für den Januar nach Basel einbe-

rufene zion. Jahreskonferenz soll den Kongreß vorbereiten und die zion. Kräfte wieder vereinigen.

Im Namen des „Tarbuth“ begrüßte auf hebräisch *Slatopolski* die Konferenz. Mit der Absendung von Begrüssungstelegrammen an *Nordau* und *Marmorek*, sowie eines Dank-Telegrammes an die franz. Regierung und der Wahl der Kommissionen wurde die erste Sitzung geschlossen. Ueber die weiteren Sitzungstage, an denen die Herren N. *Hermann, Fridmann, Segal, Soifer*, Dr. Enric F. *Braunstein* und Dr. Nahum *Slousch* sprechen sollten, ist infolge der Postverhältnisse unser Bericht bis heute ausständig.

Die Protestdemonstration in Amerika gegen die Judenprogrome in der Ukraine.

Der amerikanische Korrespondent der „Jüdischen Preßzentrale Zürich“ berichtet: Die am 24. November abgehaltene Protestkundgebung in *New-York* fand unter riesiger Beteiligung statt. An dem Monstre-Umzug von einigen hunderttausend Menschen, die schwarze Trauerzeichen trugen, nahmen mehr als 10,000 jüdische Soldaten teil. In allen Straßen, durch die sich der stundenlang dauernde Demonstrationszug bewegte, waren alle jüdischen Geschäfte, sowie Fabriken und Werkstätten geschlossen, deren Besitzer lange schwarze Fahnen mit Protestinschriften ausgehängt hatten. An den Protestmeetings, die in hunderten von überfüllten Synagogen und Halls abgehalten wurden, beteiligten sich von frühmorgens an Zehntausende von schwarzgekleideten Personen. Alle jüdischen Zeitungen erschienen schwarz umrändert. Unter Vorsitz von Oberst Harry *Cutler* fand in der Carnegie Hall ein Massenmeeting statt. Nach Protestreden von Staatssekretär *Daniels*, Kardinal *Lowell*, *Hylan*, Bürgermeister von New-York, Jakob *Schiff*, Rabbi Stephan *Wise*, Louis *Marshall* u. a. wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in welcher die Intervention der Großmächte gefordert wird, die einzig und allein die traurigen Morde abstellen könne. Ferner wurde beschlossen, eine spezielle Deputation an Wilson zu schicken, mit der Bitte um Hilfe für die Juden der Ukraine und der anderen Länder Osteuropas.

Das jüdische Leben in Odessa.

Der Korrespondent des Warschauer „Moment“ schildert in einem Berichte vom November das jüdische Leben in Odessa. Das jüdische Gemeindeleben, das während der Herrschaft der Bolschewisten sehr darniederlag, beginnt allmählich wieder in seine frühere Bahn zu kommen. Die Schulabteilung, die zusammen mit der Schulkommission des Gemeinde-Waad arbeitet, hat bereits ihre Tätigkeit aufgenommen. Ein Lehrplan für die Volksschulen wurde ausgearbeitet. Mangels Geldmittel können die geplanten Reformen noch nicht durchgeführt werden. Um den Untergang der 49 jüd. Gemeindeschulen und anderer Gemeindeanstalten zu verhindern, hat die Gemeinde auf ihrer Sitzung vom 11. November beschlossen, eine Selbstbesteuerung einzuführen.

Mitte Oktober bildete sich in Odessa ein Hilfskomitee für die Pogromopfer, das rege Tätigkeit entfaltet. Leider übersteigen die Aufgaben die Kräfte dieses Komitees. Von allen Seiten der Ukraine strömen Massen von Heimlosen Odessa zu, die den Pogromen zu entrinnen trachten. Erst Anfangs November, nach der vollständigen Zersprengung der Truppen Petljuras, zeigte sich die Möglichkeit, mit der Evakuierung dieser Heimlosen zu beginnen. Am 10. November konnte der erste Transport der Evakuierten Odessa in Richtung Birzula verlassen.

Außer den Pogromopfern weilen in Odessa noch seit beinahe Anfang des Krieges Palästinaflüchtlinge, in der Zahl von über 500, die noch immer keine Gelegenheit finden, heimzukehren, mangels Schiffahrtsgelegenheit. Nach Unterhandlungen mit der russischen Schiffahrtsgesellschaft „Rakita“ hat das jüd. Palästinakomitee die Versicherung erhalten, daß man demselben anfangs Dezember mehrere Dampfer zur Verfügung stellen wird. Außer all diesen Flüchtlingen gibt es in Odessa noch eine ganze Reihe von Personen, die ehestens nach Palästina auswandern wollen. Die Mitglieder des zion. Zentralkomitees Bruck, Temkin und Schwarzmann mußten in einem Aufrufe vom 6. Nov. die jüd. Massen ermahnen, vorläufig von der Liquidierung ihrer Geschäfte abzusehen, da die Emigration nach Palästina organisatorisch vorbereitet werden müsse und keinen chaotischen Charakter tragen dürfe. Ungeachtet aller Warnungen strömen jedoch fortgesetzt zahlreiche Personen nach Odessa, die nicht rechnen wollen mit der noch nicht geklärten politischen Lage und nach Palästina zu reisen wünschen.

Für den 4. Dezember sind in Odessa die Stadtratswahlen angesetzt worden. Die jüd. Parteien treffen energische Vorbereitungen. Einige sind den allgemein russischen Gruppierungen beigetreten, während andere selbständig auftreten. Die jüdische national-demokratische Partei wie auch die jüdische Volkspartei haben einen Block mit den Kadeten, den Wosroshdenzy, der sozialdemokratischen Gruppe „Jedinstwo“ und der Vereinigung der städtischen und gesellschaftlichen Angestellten gebildet. Dieser Block nimmt den Kampf unter der Parole „für die Konstituante“ auf. Die Zionisten und der „Bund“ stellen selbständige Listen auf. Während die Zionisten die Aussicht haben, mehrere Kandidaten durchzubringen, sind die Chancen des „Bund“ sehr gering. Im Allgemeinen hoffen die jüdischen Parteien, daß die neue Stadtduma den jüdischen Bedürfniss n Verständnis entgegenbringen und ihnen gerecht werden wird.

Die Kinder-Notstandsaktion in Galizien.

Wie bereits in No. 68 der J.P.Z. mitgeteilt wurde, begaben sich Frau *Pomeranz-Melzer* und Frau Dr. *Rothfeld-Landau* am 18. Nov. aus Lemberg ins Ausland um eine Aktion zugunsten der jüd. Kriegswaisen Ostgaliziens einzuleiten. Auf ihrer Durchreise nach Frankreich, England und Amerika sind die Damen am 3. Dezember in Zürich eingetroffen, um von hier aus eine Agitationsreise nach den verschiedenen Städten der Schweiz zu unternehmen. Bei ihrem Besuche in der Redaktion der „Jüdischen Presszentrale Zürich“ war Frau Pomeranz-Melzer so freundlich, über die Kinder-Notstandsaktion in Ostgalizien und den Zweck ihrer Reise folgende Informationen zu erteilen:

„Um den Umfang der Aktion richtig einzuschätzen, muß man den Umfang der Not kennen. Diese ist unbeschreiblich, schier uferlos. Das Geschick des Landes schafft das Elend der Kinder. Ostgalizien — der blutigste Kriegschauplatz und jetzt der Zankapfel zweier Slavenstämme, der Polen und der Ruthenen — ist zugleich die Stätte des furchtbarsten Kinderelends. Zu den vielen Kriegs- und Pogromwaisen gesellen sich

endlose Scharen „verarmter" Kinder, d. h. deren Eltern infolge der Ereignisse während des Krieges und nach dem offiziellen Abschluß dessselben total zugrunde gerichtet wurden.

Diesen unschuldigsten und rührendsten Opfern des Weltkrieges gilt ja jetzt schon seit längerer Zeit das Interesse der großen jüd. Oeffentlichkeit. Die bedeutenden Mittel wurden jedoch vornehmlich für die *Ernährung* der Kleinen verwendet, in geringerem Maße zur *Bekleidung* und nur äußerst wenig für die *Unterbringung und Erziehung derselben*, sodaß beispielsweise von den 20.000 Kriegswaisen Galiziens, kaum 1.500 in Waisenheimen untergebracht sind. Das große Haus, das der Jüd. Frauenverein in Lemberg für ein Waisenheim und eine Tagesheimstätte gespendet hat, kann seiner Bestimmung nicht übergeben werden, weil die Inneneinrichtung fehlt. Die armen Kinder haben im ganzen Lande keine 2 Dutzend Tagesheimstätten. Damit ist auch die Frage des heutigen Standes der Fürsorgearbeit beantwortet."

Auf unsere Frage in wessen Auftrage die Damen ihre Agitationsreise unternehmen und welchen Erfolg sie sich von ihrer Reise versprechen, teilten uns die Damen mit:

„Unsere Fahrt unternahmen wir auf dringendes Ansuchen des Landes-Zentralkomitees für jüd. Kriegswaisenfürsorge. Da unser Arbeitsprogramm, die Schaffung von Waisenheimen für elternlose Kinder, von Tagesheimstätten für die armen Kleinen, von Gewerbeschulen, Handwerkstätten, Wirtschaftsschulen für heranwachsende Knaben und Mädchen umfaßt, und wir überzeugt sind, daß dieses Programm, das ganze Arbeit auf dem Gebiete der Kinderfürsorge bedeutet, die volle Zustimmung der denkenden Oeffentlichkeit finden muß, erhoffen wir auch die weitestgehende materielle Unterststützung der Allgemeinheit in dem Maße, wie es ein so grundlegendes, weitumfassendes Programm erfordert."

Delegiertentag des Schweiz. Zionistenverbandes.

Am 30. Nov. fand in Olten der zweite Teil des XXII. Delegiertentages des Schweizerischen Zionistenverbandes statt. Die Tagung eröffnete der Tagespräsident Dr. *Arnstein*, der der verstorbenen Mitglieder des Verbandes gedachte. Nach dem Verlesen verschiedener Begrüssungstelegramme, darunter auch eines der Londoner Leitung, die der Hoffnung Ausdruck gab, der Delegiertentag werde durch seine Beschlüsse die Inangriffnahme der Arbeiten zum Teil ermöglichen, gelangt der erste Punkt der Tagesordnung, die Aufbringung des Palästinabudgets (Rekonstruktionsfond) in der Höhe von 75.000.— Frs. zur Behandlung. Der Referent Dr. *W. Bloch* (Basel) bespricht die Notwendigkeit der großen Summen, die den Aufbau Palästinas ermöglichen sollen. An Hand von Zahlen zeigt er wie groß heute schon die Bedürfnisse sind. Das Budget der Organisation wächst täglich. Laut Berechnungen werden in den nächsten Jahren eine halbe Milliarde Frs. nötig sein, um alle Pläne durchzuführen. Diese großen Summen aufzubringen muß unsere Aufgabe sein. Wir müssen alle unsere Kräfte anspannen und uns nur auf die Sammlung der Fonds konzentrieren. Der Referent schlägt einen einheitlichen Beitrag von 10 Fr. für jeden Zionisten vor. Die reicheren und leistungsfähigeren Zionisten sollen mehr herangezogen werden. Vor Eintritt in die Debatte verlangt *Proper* (Bern), der Delegiertentag möge die Einberufung eines allgemeinen Kongresses befürworten. Als erster Redner in der eigentlichen Debatte spricht Dr. *Olschwanger* (Basel). Er stellt im Namen vieler Delegierten, hauptsächlich aus Zürich, St. Gallen, Basel, Chaux de Fonds etc. einen Antrag auf die Einführung der progressiven, auf der Basis des Einkommens und Vermögens beruhenden Besteuerung. *Lewin* (St. Gallen) erklärt sich dagegen und verlangt, daß die einzelnen Vereine proportionell mit der Aufbringung der Summe belastet werden. *Weinert* (Zürich) fordert die gerechte Verteilung der Lasten laut Maßgabe der Einkommen. Alle müssen nach ihren Kräften ihre Pflicht erfüllen, und das kann nur durch die Einführung der progressiven Besteuerung geschehen. *Meiseles* (Zürich) schließt sich den Anträgen auf Besteuerung an und schlägt vor, in der Woche der Jahreskonferenz in Basel, im ganzen Lande eine große Sammlung zugunsten des Aufbaufonds zu veranstalten. Redakteur *Weinbaum* (Zürich) führt aus, daß es sehr schwierig sei die Progressivsteuer durchzuführen und glaubt, daß auf dem Wege der persönlichen Rücksprache mehr zu erreichen ist. *Rom* (Zürich) verweist auf die Notwendigkeit einer Steuer und warnt vor dem Momente der eintreten könnte, daß wir nicht in der Lage sein werden die Mittel zu liefern. Dr. *Arnstein* (Basel) ist für die Festsetzung eines Mindestbeitrages, den jeder nach Maßgabe des Vermögens erhöhen kann. *Jungerwirth* (Zürich) erklärt sich für die Selbsttaxation und damit verbundene Besteuerung, die einzig die großen nötigen Mittel liefern wird. *Friedrich* (Zürich) spricht für die Besteuerung. *Reichgott* (Zürich) schlägt eine Kommission vor, die alle Modalitäten besprechen soll. J. *Marx* (Basel) meint, daß die Besteuerung eine Schädigung der Propaganda bedeutet. Dr. *Brunschwig* (Basel) betont, es sei die größte Pflicht alles zu tun, um die größten Summen aufzubringen und hält das Mittel der persönlichen Propaganda für das beste. Während dieser Debatten ist es gelungen, einen Vermittlungsantrag auszuarbeiten, laut welchem das Prinzip der Besteuerung nach Maßgabe der finanziellen Leistungsfähigkeit mit Festsetzung einer Grundtaxe vorgeschlagen wird. Die einzelnen Kommissionen in den Städten werden diejenigen, die sich evtl. zu niedrig taxiert haben, durch Rücksprache darauf aufmerksam machen. Dr. *Feldmann* (Zürich) lehnt die Grundtaxe ab. *Horn*, *Lewin* und *Solberg* erklären sich ebenfalls gegen die Grundtaxe. In der darauf folgenden Abstimmung wird die Grundtaxe von 12 Frs. mit überwiegender Majorität angenommen. Der ganze Vermittlungsantrag wird dann mit 35 gegen 13 Stimmen en block angenommen.

Es folgt nun die Statutendebatte. Nach Annahme der Statuten mit verschiedenen Aenderungen der von der Kommission vorgeschlagenen Artikel, schritt der Delegiertentag zur Wahl der Delegierten zu der im Januar in Basel stattfindenden Jahreskonferenz der Zion. Weltorganisation. Nach einer kurzen aber stürmischen Debatte werden die Herren Dr. *C. Levy* (Biel) und Dr. *Olschwanger* (Basel) als Delegierte zur Jahreskonferenz gewählt. Herr Dr. *Brunschwig* geht ex officio als Verbandspräsident zur Konferenz.

Ein Memorandum der Juden von Saloniki.

Die jüd. Gemeinde von Saloniki überreichte der Regierung ein Memorandum, in welchem sie folgende Forderungen aufstellt: 1) Anerkennung der Gemeinde

und ihres Rechtes auf freie Ausübung der jüd. Religion, gemäss den bestehenden Sitten und Gebräuchen, Recht auf Gründung und Verwaltung von Schulen u. religiösen oder philantropischen Instituten. Recht der Gemeinde auf Erwerb, Kauf und Verkauf von beweglichen oder unbeweglichen Gütern, die ihre Existenz zu erhalten bestimmt sind. Die Repräsentanten der jüd. Gemeinde sind: der Ober-Rabbiner und der Präsident der Gemeinde. 2) Anerkennung und Gleichstellung der Diplome der Unterrichtsanstalten auf Basis der Staatstitel. 3) Die Juden, die am Samstag feiern, sind nicht gezwungen, am Sonntag oder nichtjüdischen Feiertagen sich der Arbeit zu enthalten. An Samstagen und andern jüd. Feiertagen können die Juden nicht zu einer Tätigkeit gezwungen werden, die ihren religiösen Ueberzeugungen zuwiderläuft. 4) Aufrechterhaltung und Anerkennung des schon bestehenden Rechtes der rabbinischen Autoritäten auf Urteilfällung in Fragen der Ehescheidung und der Nachkommenschaft. 5) Recht auf Erhebung von Taxen und internen Steuern, deren Ertrag der Erhaltung der jüd. Gemeindeinstitutionen dient. 6) Recht auf Gebrauch der jüdisch-spaniolischen oder hebr. Sprache in den Handelsbüchern, Korrespondenzen etc. 7) Heiligkeit und Expropriations-Immunität der heiligen Orte, wie Synagogen, Friedhöfe etc. 8) Befreiung von jeglichen Steuern für die Immobilien der Gemeinde, freier Import von allen Bedarfsartikeln für den Kultus, wie z. B. Ostermehl etc. 9) Staatliche Subvention proportionell der Zahl und dem Kulturgrade der jüd. Bevölkerung. 10) Die inneren Statuten der Gemeinde werden nach gründlicher Elaboration der Approbation des Ministeriums vorgelegt werden.

Die griechische Presse verhält sich diesenPostulaten gegenüber im allgemeinen reserviert, mit Ausnahme der Athener Tageszeitung „Phos." Viele der Forderungen seien gerechtfertigt, dagegen seien andere weit übertrieben und den Rechten des Staates zuwiderlaufend. Den Verfassern des Memorandums wird Mangel an Respekt dem Staate gegenüber vorgeworfen. „Independent" schreibt, der Kommentar des „Phos" gebe nicht die Gefühle der offiziellen Kreise wieder, sondern nur Einzelner, die über die Tendenzen der Gemeinde schlecht informiert sind.

Chronik.

Russland.

„Jewish Times" berichtet nach der offiziell-zionistischen „Jewrejskaja Shisn", daß die Bolschewisten das hebräische Theater „Habimah" in Moskau, das sich unter großen Opfern während der ganzen Revolutionszeit halten konnte, geschlossen haben.

Diese Nachricht stimmt nicht überein mit den Aussagen einer aus Moskau angekommenen Person, die in den Warschauer Zeitungen veröffentlicht werden, wonach die „Habimah" nicht nur regelmäßig Vorstellungen veranstaltet, sondern auch von der Sovietregierung gleich allen andern Kultur- und Kunstanstalten eifrig gefördert werde, da die Bolschewisten der Ansicht seien, Kunst könne nie antirevolutionär sein.

Lettland.

Judenhetze in Riga.

Aus Mitau wird dem „Oberschlesischen Wanderer" geschrieben: Die Animosität gegen die Juden ist in lettischen Kreisen Rigas im Wachsen begriffen und wird von der Regierung Lettlands leider auch offiziell gefördert. Eine große Anzahl angesehener Juden ist verhaftet worden. Ja, es ist sogar zu Erschießungen von Juden gekommen. So sind beispielsweise Vater und Sohn *Meyerowitsch* erschossen worden, denen Spionage vorgeworfen wurde. Beide sind allgemein als absolut harmlose Personen bekannt gewesen, denen man Spionage nicht zutraute. Auf Befehl der Regierung ist eines Tages das Sandstraßenviertel, also das Gebiet um die Börse, eingekreist worden. Sämtliche Juden, die sich in diesem Viertel befanden, wurden verhaftet und das bei ihnen befindliche Geld wurde ihnen abgenommen. Das ist eine Maßnahme, die zu bolschewistischer Zeit in Riga wiederholt vorgenommen wurde, und es ist bezeichnend, daß auch die jetzige lettische Regierung zu derartigen Maßnahmen gegen die Juden greift. In der lettischen Presse wird eifrig gegen die Juden gehetzt. Beraubungen jüd. Läden, wobei es vielfach zur Ermordung der Inhaber kommt, haben wiederholt stattgefunden. Unter der jüd. Bevölkerung der Stadt herrscht infolgedessen Panik.

Litauen.

Die Stadtratswahlen in Minsk.

Am 23. November fanden in Minsk die Stadtratswahlen statt, denen insofern besondere Bedeutung zukommt, als die Polen sie als Gradmesser für das Plebiszit über die Zugehörigkeit der Ostgebiete betrachten. In Anbetracht dessen, daß verschiedene Parteien, so die Weißrussen, sich der Wahl enthielten, kann man die Wahlbeteiligung, die gegen 45 % der Wähler betrug, als nicht gering bezeichnen. Genaue Wahlresultate liegen noch nicht vor. Nach der vorläufigen Zählung sollen 19, 611 Wähler gestimmt haben, wovon die jüdische Liste 7532 Stimmen (17—18 Kandidaten) und die poln. Liste 7436 Stimmen (17 Kandidaten) erhalten hat.

— Unter Vorsitz von Rabb. *Grodzensky* fand in Wilna eine Rabbinerkonferenz statt, um über die traurige Lage der Rabbiner in Litauen und den schlechten Stand der dortigen religiösen Institutionen zu beraten. Rabb. Grodzensky teilte mit, daß er vom amerikanischen jüd. Hilfskomitee 15.000 Dollars, d. h. 525.000 Mark erhalten habe, deren Verteilungsmodus von der Konferenz beschlossen wurde. Sodann beriet man die Frage der Gründung einer orthodoxen Organisation in Litauen. Nach eifriger Diskussion wurde einstimmig folgende Resolution angenommen: In Anbetracht dessen, daß der Stand der jüd. Frömmigkeit in Litauen immerfort sich verschlimmert, anerkennt die Rabbinerkonferenz von Litauen die Notwendigkeit, eine energische Tätigkeit zu entfalten um den jüd. Geist und Glauben durch Verbreitung der Thorakenntnis zu stärken. In Anbetracht dessen, daß jetzt die Möglichkeit geschaffen wird, sich mit produktiver Arbeit in Palästina zu beschäftigen, findet die Rabbinerkonferenz es für nötig, praktisch für die Wiederauflebung und den Wiederaufbau des jüd. Volkes in Palästina zu arbeiten. Um im Leben diese Resolutionen zu verwirklichen, beschließt die Konferenz eine allgemeine Organisation zu gründen, die Hand in Hand mit den anderen Organisationen die ihr geistig nahe stehen, wirken soll. Sodann wurde eine Kommission gewählt, um das Programm dieser orthodoxen Organisation auszuarbeiten, deren Zentrale nach einem Beschlusse Wilna sein soll. Da jedoch derzeit ein Verkehr mit allen Rabbinern Litauens unmöglich ist

wird die Ausarbeitung des Programms dem Vorsitzenden, d. h. Rabb. Grodzensky übertragen, der das Programm der nächsten Rabbinerkonferenz vorzulegen hat. Das amerikanische Geld wurde auf diese Weise verteilt, daß ausser der Unterstützung der einzelnen bedürftigen Rabbiner, für die Jeschiboth in Litauen und Weißrußland 105.000 Mark und für einen speziellen Rosch-Jeschiwah in Grodno 20 000 Mark, für Talmud-Thora-Schulen in Gouvernement Wilna 20 000 Mk., Lehrerkurse 30 000 Mk., Abendkurse für Erwachsene 15 000 Mk., für die Botei Medroschim (Lehrhäuser) 15 000 Mk., während das übrige Geld als Reserve für derzeit nicht voraussehbare Notwendigkeiten bestimmt wurde. Laut den Berichten der einzelnen Rabbiner ist ersichtlich, daß die erlangte Unterstützung sehr gering ist im Vergleiche zur großen Not in der die religiösen Anstalten sich jetzt befinden.

— Die Wilnaer jüd. Gemeinde hat vom poln. Ministerium für Kultus und Unterricht die Bestätigung erhalten, daß alle 25 jüd. und hebr. Schulen, die unter Kontrolle der Wilnaer jüd. Gemeinde stehen, von der Regierung anerkannt worden sind.

— Am 21. November sind die Vertreter des Hilfskomitees Dr. *Hantke,* Dr. *Kahn* und Dr. *Hildesheimer* nach Kowno gekommen. Samstag Abend fand im Ministerium für jüd. Angelegenheiten eine Beratung statt, in welcher ausser den Erwähnten auch der Rat beim jüd. Minister, der Arbeitsrat der Kowner Gemeinde, wie auch die Vertreter der Provinzgemeinden, die sich derzeit in Kowno befinden, teilgenommen haben.

Polen.

Die Sonntagsruhe in Polen.

Im polnischen Reichstage wurde das Gesetz über den 8 stündigen Arbeitstag in zweiter Lesung angenommen. Es dürfte nicht nur die 48 stündige, sondern aller Wahrscheinlichkeit nach, sogar die 46 stündige Arbeitswoche angenommen werden. Trotz der unzähligen Proteste und Eingaben der verschiedensten jüd. Organisationen, und obwohl in ein und derselben Sitzung 4 jüd. Abgeordnete, Rabb. *Halpern*, *Dr. Schipper, Grünbaum* und *Hirschhorn,* in wirkungsvollen Reden auf die für das ökonomische Leben der Juden vernichtende Wirkung der absoluten Sonntagsruhe hinwiesen, wurden die Bestimmungen, die selbst Werkstättenarbeit bei geschlossenen Türen und selbst in den jüd. religiösen Institutionen den Arbeitern, die den Sabbath einhalten, jegliche Arbeit am Sonntag verbieten, mit allen Stimmen gegen die des jüd. Klubs angenommen. Charakteristisch ist, daß kein einziger polnischer Abgeordnete gegen diese Bestimmung auftrat oder dagegen stimmte, selbst nicht die ostgalizischen jüd. Abgeordneten des alten österr. Parlaments, die ohne jede Wahl, Sitz und Stimme im Sejm haben. Die Abgeordneten der Volkspartei hatten zwar beabsichtigt, für gewisse Erleichterungen zu stimmen, wovon sie jedoch nach der leidenschaftlichen Rede des Sozialisten *Perl,* der als jüd. Renegat mit aller Schärfe die absolute Sonntagsruhe als auch im Interesse der Juden liegend verteidigte, abkamen. Es wäre schon Zeit, betonte dieser Renegat, dass die Juden auf den Samstag verzichten und die Bestimmung der Sonntagsruhe dürfte viel dazu beitragen, dass die Juden aus ihrer Absonderung herauskommen und sich vollständig assimilieren. Da es bei einigen weiteren Punkten erwähnten Gesetzes im Reichstage zu scharfen Kontroversen kam, wurde das Gesetz zwecks Einigung der Parteien, nicht sofort, wie beabsichtigt, in dritter Lesung angenommen, sondern zwecks Weiterberatung an die Kommission zurückgewiesen, sodaß den Juden eine weitere kurze Frist gewährt bleibt.

— In Reichstagskreisen, die über die Stimmungen der verschiedenen Abgeordneten gut informiert sind, rechnet man, daß bei der bevorstehenden Abstimmung über das Exposé Paderewskis ungefähr 183 Abgeordnete für und ungefähr ebensoviel gegen ein Vertrauensvotum für das Ministerium sich aussprechen dürften. Die jüd. Abgeordneten werden somit das Zünglein an der Wage bilden und wird die Entscheidung bei ihnen liegen.

— Das poln. Unterrichtsministerium hat beschlossen, daß in den staatlichen Mittelschulen jüdische Schüler nicht verpflichtet sein werden am Samstag zu schreiben. Was die privaten Mittelschulen anbelangt, haben die einzelnen Direktoren, denen das Ministerium keine Beschlüsse aufzwingen kann, die ihnen opportun scheinenden Bestimmungen zu treffen. Nach Erledigung der entsprechenden Formalitäten wird das Ministerium den einzelnen Schulverwaltungen in einem Erlaße von erwähnter Begünstigung Mitteilung machen. Die gänzliche Befreiung der jüd. Schüler vom Schulbesuch am Samstag wurde vom Ministerium abgelehnt.

— Laut Warschauer „Moment" hat das engl. Ministerium des Aeusseren beschlossen, bei allen engl. Konsulaten spezielle Palästina-Abteilungen zu schaffen, die alle national-jüdischen Angelegenheiten, die im Zusammenhange mit der Emigration nach Palästina stehen, zu erledigen haben werden. Diesen Abteilungen sollen Juden vorstehen

— Stuart *Samuel* soll am 7. Dez. Polen verlassen und sich nach Paris begeben. Kapitän *Wright* dürfte noch längere Zeit in Warschau verbleiben.

— Die poln. Sozialisten (P. P. S.) haben bei ihrer letzten Kultur-Konferenz in Krakau u. a. folgende Resolution bezügl. der Schulen für die nationalen Minoritäten angenommen: 1. Die nationalen Minoritäten, die auf dem Gebiete des ethnographischen Polen leben, müssen das Recht haben, private Schulen zu gründen, von den gewöhnlichen bis zu den höchsten. Ein bestimmtes Minimum poln. Unterrichtsfächer, wie Sprache, Geschichte und Geographie Polens, wie auch Lehre über das jetzige Polen müssen in diesen Schulen eingeführt werden, insofern sie Oeffentlichkeitsrecht wünschen. 2. Es müssen Staatsschulen für nationale Minderheiten, die vom Staate anerkannt wurden und die auf dem Gebiete des ethnographischen Polen wohnen, mit nicht polnischer Unterrichtssprache gegründet werden, falls dies Eltern nichtpolnischer Nationalität verlangen, und die Frequenz dieser Schulen sicher gestellt sein wird. Um einklassige Volksschulen zu eröffnen, genügt es, wenn sich 40 Kinder melden; für mehrklassige oder höhere Schulen muß eine Frequenz, wie sie durchschnittlich in den poln. Schulen ähnlichen Typus vorliegt, gesichert werden. Zweisprachige Schulen sollen nicht geduldet werden. Bezeichnend ist, daß die P. P. S. durch verschiedene Verklausulierungen hinwiesen, daß obige liberalen Grundsätze keineswegs auch für die Juden Anwendung finden sollen.

Warschau. Das jüd. Komitee zur Beaufsichtigung von Kindern plant die Schaffung einer Kinder-Kolonie. Zu diesem Zwecke wandte sich das Komitee an die Stadt-

verwaltung um die Erlaubnis, für 150,000 Mark Boden in der Gegend von Palenica kaufen zu dürfen.

— Die populären Vertreter des jüd. Volksliedes, Herr *Kipnis* und Frl. *Seligfeld*, wurden für eine Reihe von Konzerten nach Amerika engagiert. Vor ihrer Abreise treten sie noch in den verschiedenen Städten Polens und Litauens auf.

— Der „Jüdische Volksrat" in Posen hat beschlossen, Schiedsgerichte ins Leben zu rufen, die zuständig sein sollen, wenn ihre Zuständigkeit von den Parteien vereinbart wird. Die Wahl der Schiedsrichter erfolgt durch den Jüdischen Volksrat in Posen. Eine Schiedsgerichtsordnung ist ausgearbeitet worden, und es wird allen, ohne Rücksicht auf Nationalität und Religion, freigestellt, sich bei Rechtsfällen, die der Entscheidung des Schiedsgerichts unterbreitet werden sollen, an das Büro des Volksrates zu wenden.

Die jüdischen Heimkehrer.

Im Lemberger „Tagblatt" schildert Redakteur *Frostig* die Not und das Elend der jetzt nach Galizien zahlreich zurückkehrenden jüd. Heimkehrer. Sowohl die aus Oesterreich und der Tschechoslovakei Ausgewiesenen, wie auch die aus der italienischen Kriegsgefangenschaft Zurückkehrenden hätten nach 5jähriger Abwesenheit eine andere Aufnahme seitens ihres Heimatlandes verdient. Sie müssen wochenlang auf die sogenannten Evakuiertenzüge warten, um dann wie eine Viehherde in ungeheizten, überfüllten Lastwagen, die 10—12 Tage währende Reise von Wien oder Prag nach Lemberg zurückzulegen. Manche von den Heimkehrern sind während dieses Transportes erfroren. Kaum erreichen sie die polnische Grenze, werden sie in Oswiecim „desinfiziert" wobei es weniger auf Reinigung als auf Sekkaturen ankommt. Die italienischen Kriegsgefangenen, deren Los schon während der Gefangenschaft sicherlich kein beneidenswertes war, bekommen bald nach der Ankunft in ihrem Heimatstaat, nachdem sie auf der Durchreise in Tirol und Oesterreich recht freundlich empfangen wurden, den Unterschied zu spüren. Wenn sich jemand beklagt, erhält er die Antwort: „Wende Dich an Dein Oesterreich, für das Du gekämpft hast, und Du wirst mehr bekommen." Bei der angeblichen „Desinfektion" nimmt man ihnen alles, was sie aus der Gefangenschaft mitgebracht haben, ab, selbst Kleider und Schuhe, die ihnen mitleidige Leute schenkten. Die Schuld für diese trostlosen Verhältnisse falle nicht nur auf die Behörden zurück, sondern auch auf die jüd. Gesellschaft, die die einstige und schönste Eigenschaft der Juden vergessen zu haben scheint, Mitleid mit Unglücklichen und Armen. Es wäre Zeit, daß die jüd. Oeffentlichkeit sich dieser Schande bewußt werde und sich eines Bessern besinne.

— Auf einer Konferenz der National-Fonds-Kommissäre Ostgaliziens wurde einstimmig beschlossen, in ganz Ostgalizien eine Palästinawoche zu veranstalten, deren Einkünfte für eine ostgalizische Kolonie in Palästina bestimmt sind.

Ukraine.

Dr. med. Vogelsohn, der im jüd. Lehrerseminar in Odessa tätig war, ist es nach großen Schwierigkeiten und Reisekosten (70000 Rubel) gelungen, nach *Jaffa* zu gelangen. Seinen Schilderungen des jüd. Lebens entnehmen wir, daß fast alle Städte der Ukraine, in denen Juden wohnen, zerstört und von Pogromen heimgesucht wurden; in der ganzen Ukraine sind nur 5 von Juden bewohnte Ortschaften verschont geblieben. In manchen Orten haben sich die Pogrome bis zu 10 Mal wiederholt. Ueber das jüd. Kulturleben in der Ukraine erzählt Dr. Vogelsohn, daß der bekannte jüd. Dichter *Tschernichowski* trotz seiner schweren Erlebnisse — er hat im buchstäblichen Sinne des Wortes Hunger gelitten — auf literarischem Gebiete sehr tätig war und viel aus der klassischen Literatur ins Hebräische übersetzt hat.

Dr. *Klausner* hat sein bekanntes Werk „Die Ethik der Juden" vollendet. Gegenwärtig arbeitet er an einem neuen Werk „Die Philosophie unserer Geschichte", auch hat er mit der neuerlichen Herausgabe seiner Zeitschrift „Haschiloach" wieder begonnen.

500 Juden, die während des Krieges nach Odessa geflüchtet sind, haben von der engl. Regierung die Erlaubnis erhalten, nach Palästina zurückzukehren. Auch Dr. Glicksohn und A. Drujanow haben die gleiche Erlaubnis erhalten.

— Während des Bürgerkrieges sind 6 Mitglieder der jüd. Gemeinde in Odessa getötet worden.

— Bei dem von den Freiwilligen Denikins in Nieshin veranstalteten Pogrom ist der bekannte Rabbiner *Hein* getötet worden.

— Die eben in London eingetroffenen russischen Zeitungen berichten, dass bei den Ende Oktober in Kiew stattgefundenen Pogromen Juden von den Brücken in den Dniepr gestürtzt wurden. Der Fluß führte bis Tschernigow schwimmende jüd. Leichen.

— Im „Kiewljanin" vom 21. Okt. verlangt *Schulgin*, die Beseitigung aller Juden von einer Beteiligung an der russischen Politik. Die jüd. Politiker von Frühmann bis Bronstein haben den Russen mehr Unglück gebracht als den Juden selbst. Es muß mit ihnen abgerechnet werden. Sie haben nur den einen Ausweg, ihrerseits auf jede politische Arbeit zu verzichten. Falls sie dieses Opfer nicht bringen wollen, werden sie mit der Zeit zu noch größeren Opfern gezwungen werden.

— Die ukrainische Universität von Kamenetz-Podolsk zählt gegenwärtig 491 Studenten, darunter ungefähr 120 Juden.

Rumänien.

Organisierung der gesetzestreuen Zionisten der Bukowina.

Im Anschluss an die siebte zion. Landeskonferenz, fand eine von Rabb. Dr. *Hoffmann* (Radautz) einberufene zwanglose Besprechung statt, um Mittel und Wege zu finden, die gesetzestreuen Juden auf dem Boden der zion. Weltorganisation zur Mitarbeit zu vereinigen. An der Beratung nahmen etwa 100 Personen teil.

— Der rumänische Gewährsmann der „Jüdischen Preßzentrale Zürich" berichtet:

Die Nachrichten, welche aus Rumänien kommen, zeigen klar, daß Rumänien den Minoritätentraktat nicht unterschreiben will. Die Zeitungen sprechen vom „supreme council" mit Hohn. Sie fragen, was kann Europa uns machen. Der Gegensatz gegen den Westen tritt immer deutlicher hervor. Es wird auf die erste Kraftprobe der League of Nations mit einem widerspenstigen Staate ankommen, der die Grundsätze der Zivilisation in seinem Lande nicht zur Geltung bringen

will. Man erwartet, daß die wirtschaftlichen Sperrmaßnahmen über Rumänien verhängt werden und es wird sich zeigen mit welcher Wirkung. Rumänien, dessen Haltung zur Ueberzeugung geführt hat, daß für die Minoritäten internationaler Rechtsschutz geschaffen werden muß, wird allem Anschein nach bewirken, diese Einsicht noch zu bestärken und den Minoritätenschutz noch weiter auszubauen, andernfalls die Ohnmacht Rumänien gegenüber den Bankrott der League of Nations besiegeln wird.

— Der „Presse de Paris" vom 1. Dez. wird aus Bukarest via Basel gemeldet: Auf einem Kongreß in Ismail haben die Juden von Bessarabien eine Rosolution angenommen, worin sie erklären, dass die Juden unter dem rumänischen Regime zu leben wünschen, welches immer mehr zum Liberalismus und zur Demokratie hinstrebt, (?) wie es die Erfahrungen bestätigen, die unter der neuen Regierung, welche die Rechte der Minoritäten u. die Gleichberechtigung aller vor dem Gesetze respektiert (!) gemacht wurden. Gleichfalls wurde beschlossen, daß eine Delegation an die Friedenskonferenz geschickt werden sollte, um die Lage der Juden in Bessarabien darzulegen und die Wieder-Vereinigung dieser Provinz mit Rumänien zu verlangen.

Auch ein Kongreß der *bulgarischen* Bevölkerung des südlichen Bessarabien hat sich für den Anschluß an Rumänien ausgesprochen. Eine Delegation wird nach Paris geschickt werden, um die Wünsche der Bevölkerung zu übermitteln, die zwischen Pruth und Dnjester wohnen. Advokat *Sidalici* wurde zum Präs. dieser Delegatton ernannt.

Deutschland.

Wie der „Jüdischen Presszentrale Zürich" von bestinformierter Seite mitgeteilt wird, ist Dr. *Ruppin* von der engl. Regierung die Bewilligung zum dauernden Aufenthalte in Palästina endgültig erteilt worden. Dagegen ist die Nachricht der „Hadshoth Haaretz", dass Prof. *Warburg* die Leitung der botanischen Abteilung des Technikums Haifa übernehmen soll, (s. J. P. Z. No. 65) unrichtig resp. verfrüht. Auch die Meldung der „Hadshoth Haaretz" von der Uebersiedlung Dr. *Hantkes* nach London zwecks Uebernahme der Leitung des zion. Organisationswesens (s. J. P. Z., No. 65) ist aus verschiedenen technischen Gründen vom Stadium einer Verwirklichung noch entfernt.

— Auf das Verlangen der deutschen zion. Organisation hat das deutsche Kriegsministerium eine Registrierung aller in Deutschland sich befindenden jüd. Kriegsgefangenen aus Rußland angeordnet, die nach Palästina zu emigrieren wünschen. Diese Emigranten werden sich in Palästina mit Landwirtschaft beschäftigen oder dort ihren bisherigen Beruf fortsetzen. Das Ministerium teilte auch der zion. Organisation mit, daß eine Zwangsdeportation russischer Gefangener nach Rußland nicht erfolgen werde. Sie dürfen vorläufig im Lande bleiben und die Frage ihrer Befreiung werde später behandelt werden.

— Dr. *Regensburg,* Vorsitzender der litauischen zion. Organisation, der Redakteur der Wilnaer „Jüd. Zeitung", der gleichfalls Direktor des Wilnaer hebr. Gymnasiums ist, weilte in der zweiten Novemberhälfte in Berlin, um die in Deutschland lebenden Zionisten aus Litauen und den Ostseeprovinzen für den Wiederaufbau des zion. Lebens in Wilna und den von den Polen besetzten Teilen Litauens zu interessieren.

— Der zion. Gruppenverband der okkupierten Gebiete Deutschlands, der seinen Sitz in Köln hat, hat die Initiative ergriffen zur Gründung einer „Achusa-Kolonie" auf Basis von Pflanzungen und Gärtnerei.

Frankreich.

Paris. Idelsohn und Alexander *Goldstein* sind wieder nach London abgereist.

— Im Namen des Zentralkomitees der „Alliance Israélite" richten der Großrabbiner von Frankreich, Israel *Lèvi,* und der Vizepräs. der Alliance, Eugen *Sée,* einen dringenden Aufruf an die Juden Frankreichs, in welchen sie die furchtbaren Verluste an Menschenleben und Gut schildern, die die Juden in Polen und der Ukraine erlitten haben und bitten für dieselben um rasche und reichliche Hilfe.

— An Stelle von *Mandel,* der zum Abgeordneten gewählt wurde, hat Clemenceau ebenfalls einen Juden, *Wormser,* zum Kabinettschef berufen. Außerdem ist in seinem Privatkabinett auch der Jude *Hagenauer* tätig.

England.

Ormsby Gore über die Zukunft Palästinas.

In einem Vortrage im Jewish College über die Zukunft Palästinas, wies *Ormsby Gore* auf die großen Schwierigkeiten hin, die sich dem Zionismus bei seiner praktischen Arbeit für die Wiederbelebung des Landes entgegenstellen. Palästina ist die einzige Brücke zwischen Asien und Afrika. Falls England das Mandat über Palästina übernimmt, hängt sein Einfluß in jenem Lande größtenteils von der Möglichkeit der Schaffung guter Beziehungen mit Aegypten ab. Gore wies dann auf die Ursachen der starken pro-türkischen Sympathien in Aegypten hin und riet allen, die sich mit dem Zionismus befassen, auch mit Aegypten zu rechnen. Bei Besprechung der Araberfrage erwähnte er, daß es im Interesse Palästinas liege, mit der Auflebung der jüd. Kultur auch die arabische Kultur wieder aufleben zu lassen. Er verwies auch auf das schwere Problem, daß Palästina das religiöse Zentrum der Welt ist und daß viele Nationen dort religiöse Interessen haben. Mit diesen Forderungen müssen die Zionisten rechnen, falls ihnen am Wohlwollen dieser Nation liegt. Zum Schlusse drückte Ormsby Gore die Hoffnung aus, daß Jerusalem nicht nur an Stelle Genfs der Sitz der „League of Nations" werden möge, sondern auch das Zentrum des Friedens, der Harmonie und der Verständigung aller Völker der Welt.

— In der „Jewish Times" veröffentlicht Rabb. Dr. *Jung* einen längeren Artikel „Ein Wort an die jüd. Arbeiterverbände", worin er die jüd. Arbeiter unter Hinweis auf die 48 stündige Arbeitswoche auffordert, ihre Arbeit so einzuteilen, daß der jüd. Sabbath wieder zu seinem Rechte als allgemeiner Ruhetag komme. Sie mögen Montag, Dienstag, Mittwoch und Donnerstag 36 Stunden arbeiten und die übrigen 12 Stunden auf den Freitag und Sonntag verteilen. Haltet den Sabbath, so schliesst der Artikel, vereinigt euch brüderlich mit eurem Volke, und heiliget den Tag, der für das jüd. Volk der grösste, der heiligste ist. Das Judentum wird sich eures Erfolges freuen und stolz auf euch sein. Durch euer ideales Streben werdet ihr die Sympathie Aller erwerben, und Alle werden euch helfen, in Zukunft noch grössere Erfolge zu erzielen. Ihr werdet ein Muster für die nicht.-jüd. Arbeiter sein und ihnen den Weg

weisen, der zum wahren jüd. Glück und zur wahren Menschlichkeit führt.

Italien.

Triest, 30. Nov. Q. Mit dem heutigen Schiffe begeben sich wiederum mehrere jüd. Familien, bestehend aus ca. 80 Personen nach Palästina zurück, fast ausschliesslich nach Jaffa und Jerusalem. Darunter befinden sich Ingen. *Ludezenski*, der sich nach Jerusalem begibt, und Prof. *Amira* mit Frau, der als Mathematiklehrer nach Jaffa geht.

Amerika.

Die nichtjüdische „New-York Sun" veröffentlicht einen warmen Appell zugunsten der leidenden Juden der verschiedenen Länder, in dem zum Schlusse Alle ohne Unterschied der Konfession, aufgefordert werden durch Spenden das Joint Distribution Committee zu unterstützen.

Aegypten.

Laut „Morning Post" sollen am 18. November in Alexandrien, bei den allgemeinen Tumulten, auch Judenexzesse ausgebrochen sein. Viele jüd. Häuser und Läden seien durch die wilden Massen zerstört worden. Das englische Militär hat sofort die nötigen Maßnahmen getroffen, um die Ordnung wieder herzustellen.

Palästina.

Aufhebung der Briefzensur.

Wie erst jetzt berichtet wird, wurde am 20. Okt. die Brief- und Telegrammzensur in Palästina aufgehoben.

Plan für die Einführung eines jüd. nationalen Münzsystems.

„Palestine" vom 1. Nov. bringt eine Korrespondenz über die ökonomische Lage in Palästina, in der es u. a. heißt: Im Zusammenhang mit all den anderen Maßnahmen, die den national-jüdischen Lebensformen in Palästina ihren Stempel aufdrücken werden, wird man auch die Frage der Einführung eines nationalen Münzsystems in Erwägung ziehen müssen. Am geeignetsten für das Land wäre ein System nach dem Vorbilde der Lateinischen Staaten. Als Grundlage soll der Schekel dienen, der den Wert eines Francs hat und in hundert Prototh geteilt wird; 25 Schekel bilden ein Dinar Sahaw (Gold-Dinar), das den Wert eines englischen Pfundes haben soll. 25 Prototh, gleich 1/4 Schekel, heissen Dinar Keseph (Silber-Dinar) und bilden den hundertsten Teil eines Dinar-Sahaw. Ein solches Münzsystem würde mit den nationalen Traditionen übereinstimmen, würde dem Umstand Rechnung tragen, daß man seit langer Zeit in Palästina in Francs rechnet, würde dem Mangel an Kleingeld abhelfen und würde schließlich, da es auf dem System des Dinar Sahaw (Gold-Dinar) beruhen würde, mit dem modernsten monometallischen Geldsystem der Lateinischen Staaten übereinstimmen.

— Der palästinensische Korrespondent der „Jüd. Presszentrale Zürich" berichtet:

Ein großes Quantum australisches Mehl ist in Jerusalem eingetroffen, grössere Mengen Reis und Zucker sollen demnächst eingeführt werden. Die Zufuhr von Lebensmitteln aus dem Auslande ermöglicht den Preisabbau. Auch in Haifa ist die Zufuhr von Lebensmitteln und Manufakturwaren ziemlich gross. Der größte Teil kommt aus Aegypten. Ueberhaupt fängt die Hafenstadt Haifa an, sich zu einer großen Handelsstadt zu entwickeln. Es werden von Tag zu Tag mehr Handelshäuser, Export- und Importfirmen von Haifaer und ägyptischen Juden gegründet. Fast jede Woche begeben sich Kaufleute aus Haifa nach Ägypten, um Handelsbeziehungen anzuknüpfen. Demnächst soll mit dem Bau eines großen Hotels begonnen werden, um den in letzter Zeit sich sehr fühlbar machenden Mangel nach Unterkunftsmöglichkeiten abzuhelfen. Die Lebensmittelpreise in Galiläa sind im Gegensatz zu Judäa um 75 % gestiegen. Auch die Feldgeräte sind sehr teuer. So wird z. B. ein Eisenpflug, der vor dem Kriege 5 Pfd. kostete, jetzt mit 20 Pfd. bezahlt. Besonders teuer sind die Milchkühe. Für eine solche muß man zurzeit 150 ägyptische Pfd. bezahlen. Die Ursache hiervon ist die ungenügende Einfuhr auf allen Hauptmärkten von Galiläa, sowie in Damaskus und Tyberias. In einem Artikel vom 11. November im „Doar Hayom" weist A. *Ben-Jehuda* darauf hin, daß die hauptsächliche Ursache der Verteuerung der Lebensmittel darin zu suchen sei, daß Palästina jetzt stark auf die Lebensmitteleinfuhr angewiesen ist. Deshalb solle jetzt, in der Zeit, da in Palästina die Feld- und Gartenarbeiten anfangen, kein Mensch, sei er jung oder alt, sich der Feldarbeit entziehen und zu Hause bleiben, da das kleinste Stückchen Land nicht unbebaut bleiben dürfe.

Anfangs November traf in Jerusalem ein größerer Transport Holz aus Schweden ein. Zwar ist der Preis dieses Holzes ziemlich hoch, jedoch wird dadurch dem großen, seit dem Kriege in Palästina und besonders in Jerusalem herrschenden Mangel an Bau- und Möbelholz abgeholfen. Auch in Jaffa ist Bauholz aus dem Auslande eingetroffen.

— Die Zahl der jüdischen Berufs- und Nichtberufs-Arbeiter, die bei den palästinenschen Eisenbahnen beschäftigt sind, beträgt gegenwärtig 450. In der Zentralstation El-Kantara sind als Maschinisten und höhere Beamte ca. 150 Juden angestellt.

— Der Militärgouverneur von Jerusalem, General *Storres*, pflegt sich häufig bei Gesprächen mit der jüd. Bevölkerung der hebräischen Sprache zu bedienen; so hat er nach „Doar Hayom" kürzlich auch bei einem Besuche der Firma Kaspi, Diskin und Kaplan sich mit Herrn *Kaspi* in hebräischer Sprache unterhalten.

— Der Chefredakteur des „Doar Hayom", Herr Itomur ben Abi, Sohn Ben-Jehudas, ist nach Europa abgereist, und wird in Angelegenheiten seiner Zeitung nach den Vereinigten Staaten gehen.

— Der ungarische Kolel in Jerusalem veranstaltete einen Trauergang zur „Kosel Maarowi", um dort für die Opfer der ungarischen Juden Pogrome zu beten.

Presse- und Verlags-Notizen.

— Der Redakteur der Jerusalemer orthodoxen Wochenschrift, „Machsike Hadath" Dr. *Tauber*, ist von seinem Posten zurückgetreten, weil der Herausgeber, Rabbiner *Schur*, ihm die Veröffentlichung eines Artikels über die Wichtigkeit der hebr. Sprache nicht gestattete.

— Eine Gruppe Jerusalemer Rabbiner hat die Herausgabe eines Buches „Loschon Kedoschenu" (Die Sprache unserer Weisen) beschlossen, das alle Aussprüche der Tanoim und Amoroim wie auch aller jüd. Weisen vom Mittelalter bis zur Jetztzeit über die Pflicht hebräisch zu sprechen, enthalten soll.

— Unter Redaktion von Leo *König*, dem bisherigen Mitarbeiter der „Jewish Times", beginnt am 1. Januar in London eine neue Monatsschrift „Renaissance" zu erscheinen, die Kultur und Kunstfragen gewidmet sein wird. Eine Gruppe jüd. Maler wird zu diesem Journal engere Verbindungen unterhalten.

Die „J.P.Z." ist eine Privatagentur — Druck von Kopp-Tanner, Zürich